

Bürger watschen Privatisierer ab

Landkreis Rottal-Inn muss für seine Krankenhäuser Konzept vorlegen

Schwere Schlappe für die Privatisierer: Im Landkreis Rottal-Inn haben die Bürger den Verkauf dreier Kreiskliniken an die Rhön Klinikum AG verhindert.

MARTIN HOFMANN

Pfarrkirchen. Ein „gigantisches Ergebnis für einen Bürgerentscheid“ nennt Wahlleiter Ludwig Zeller das Votum. Fast 50 400 Bürger (knapp 54 Prozent) haben im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn am Sonntag abgestimmt. 89,41 Prozent plädierten beim Bürgerentscheid dafür, die drei Kreiskrankenhäuser in kommunaler Hand zu behalten. Sie haben damit ihrer Landrätin Bruni Mayer, aber auch der CSU, den Grünen und fast sämtlichen Bürgermeistern des Kreises eine dicke politische „Watschn“ verpasst.

Denn vor einem Monat schien alles gelaufen. 41 Kreisräte hatten für den Verkauf der defizitären Häuser an die Rhön Klinikum AG votiert, nur 14 lehnten ab. SPD und ÖDP waren geschlossen dagegen und strengten Bürgerbegehren und -entscheid an. Chancen, dass dieser

den Beschluss des Kreistages kippen könnte, schienen eher gering.

Was hat die Bürger an die Wahlurne getrieben? Renate Hartwig, Buchautorin aus dem schwäbisch-bayerischen Nersingen bei Neu-Ulm, kämpft seit drei Jahren gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens an private Konzerne. „Dass gewählte Volksvertreter Allgemeingut verscherbeln, hat die Menschen aufgebracht“, sagt sie. Überzeugt habe auch, dass sie mitreden konnten, wie sie im Krankheitsfall künftig versorgt werden. Dabei stand nicht im Vordergrund, ob es bei einer wohnortnahen Versorgung bleibt, sondern, ob im Gesundheitswesen gewinnorientiertes Denken und Handeln Vorrang haben sollen.

Da half wenig, dass Landrätin Mayer – seit mehr als 20 Jahren im Amt – Renate Hartwig das Recht absprechen wollte, bei Versammlungen zu sprechen. Auch die Drohung, dass zahlreiche andere Einrichtungen geschlossen würden, wenn der Landkreis die jährlichen Verluste der Krankenhäuser in Eggenfelden, Pfarrkirchen und Simbach am Inn von 4,5 Millionen Euro tragen müsse, fruchtete nicht. Eine

maßgebliche Rolle dürfte auch gespielt haben, dass die drei Kliniken bis 2010 mit 80 Millionen Euro Steuergeld saniert werden, die Rhön Klinikum AG aber nur 20 Millionen für den Kauf bezahlen sollte. Hinzu kommt, dass weder der Verwaltungsrat der Krankenhäuser mit Landrätin Mayer von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) an der Spitze, noch der Klinikverwalter des Privatunternehmens Asklepios in der Lage waren, ein zukunftsfähiges Konzept für die Häuser vorzulegen oder durchzusetzen.

Nun muss der Landkreis intensiv nachsitzen. Die Bürger haben nicht nur die Rücknahme des Verkaufs verlangt, sie fordern auch, dass der Landkreis tragfähige Pläne vorlegt, um die Kliniken aus der Verlustzone zu bringen. Dass dies geht, beweisen Nachbarlandkreise. Die Rhön Klinikum AG hat hingegen ihre Verkaufskasse geschont. Der Klinikbetreiber hat sich 2009 an der Börse 800 Millionen Euro besorgt, um Krankenhäuser aufzukaufen. Auch Asklepios hegt solche Pläne. Beide rechnen mit einem durch die Wirtschaftskrise wachsenden Schuldenberg der öffentlichen Hand.